Mittwoch, 20. August 2025, Rotenburg-Bebraer Allgemeine / Aus den Ländern

„Es hängt an allen Ecken und Enden“

Erneuerbare Energien: Laut Branche dauert Klagebearbeitung zu lange

Luft nach oben: Der Landesverband Erneuerbare Energien Hessen kritisiert die Langsamkeit der Energiewende. Der zuständige Gerichtshof würde die Klageverfahren wegen Personalmangels jahrelang nicht bearbeiten, lautet ein Vorwurf. © Foto: Boris Roessler/dpa

Wiesbaden – Bis 2045 will das Land Hessen den Endenergieverbrauch möglichst zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien decken. Das Wirtschaftsministerium sieht den Ausbau von Windenergie, Solarstrom und Co. „auf dem richtigen Weg“. Branchen- und Umweltverbände bewerten den Status quo kritischer.

Welches Ziel verfolgt das Land?
„Unser Ziel ist es, die Energieversorgung zuverlässig, bezahlbar und nachhaltig zu gestalten“, erklärt das Ministerium. Dabei setze man auf den konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energien. „Hierbei stehen vor allem die Wind- und die Solarenergie im Fokus. Aber auch andere Energiequellen wie Wasserkraft werden von uns berücksichtigt.“ Ein guter Strommix sei wichtig, um bei unterschiedlichen Wetterlagen die Versorgung sicherzustellen. „Darüber hinaus ist es entscheidend, dass wir die Genehmigungsverfahren beschleunigen“, so das Ministerium. Im Bundesvergleich für das erste Quartal 2025 liege Hessen laut Fachagentur Wind und Solar bei den Genehmigungen von Windenergieanlagen auf dem dritten Platz - hinter Spitzenreiter Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen auf Platz zwei. Die Dauer der Genehmigungsverfahren habe sich von 27,4 Monaten (2021) auf 10,5 Monate (2024) verkürzt.

Wie ist der aktuelle Stand des Ausbaus der Windenergie?
In Hessen wurden im vergangenen Jahr nach Angaben des Ministeriums insgesamt 22 Windkraftanlagen mit einer Gesamtleistung von rund 119 Megawatt neu errichtet. Im gleichen Zeitraum wurden 22 Anlagen mit rund 12 Megawatt stillgelegt. Das bedeutet einen Leistungszuwachs von knapp 107 Megawatt. Die installierte Gesamtleistung von Windenergieanlagen in Hessen ist dem Ministerium zufolge damit Ende 2024 um 4,2 Prozent auf rund 2635 Megawatt und 1181 Anlagen gestiegen. Überdies wurden demnach zum Ende des ersten Halbjahrs 2025 in Hessen 275 Anlagen mit einer Leistung von 1624 Megawatt genehmigt. Diese sind den Angaben zufolge aber noch nicht in Betrieb - ohne dass ein Klageverfahren anhängig ist. Weitere 124 Anlagen befänden sich derzeit nach bereits erteilter Genehmigung in einem Klageverfahren, hieß es. Insgesamt sei die Zahl der Genehmigungen in den letzten Jahren stark gestiegen, erläutert das Ministerium. „Wir gehen davon aus, dass auch die Anzahl der Inbetriebnahmen in den kommenden Jahren deutlich steigen wird.“ Insbesondere bei der Windenergie setze man darauf, bestehende Anlagen durch leistungsstärkere zu ersetzen. Schon jetzt nehme die Windenergie unter den erneuerbaren Energien den größten Wert ein - mit 56 Prozent der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien.

Wie hat sich der Ausbau von Solarenergie entwickelt?
Seit 2023 ist laut dem Ministerium ein „sehr dynamischer Zubau“ bei Photovoltaik in Hessen zu verzeichnen. So sei die Leistung 2023 um 732 Megawatt gestiegen, 2024 um 900 Megawatt. Solaranlagen auf Freiflächen seien mit einem Zubau von 207 Megawatt im vergangenen Jahr ein wichtiger Baustein

der Energiewende. Sie böten unter anderem Kommunen zusätzliche Einnahmequellen, brächten den Verbrauchern auf Sicht günstigeren Strom ins Haus und trügen maßgeblich zur Erreichung der hessischen Klimaziele bei.

Wie beurteilt die Branche den Stand des Ausbaus?
Kritisch. „Es hängt an allen Ecken und Enden“, sagt die Vorsitzende des Landesverbands Erneuerbare Energien Hessen (LEEH), Gisela Katharina Prenzel. Die Energiewende könnte schon viel weiter sein. Nach wie vor würden zu wenige Windenergieanlagen ans Netz gehen. „In Hessen wird wahnsinnig viel geklagt“, sagt Prenzel, die auch die Landesgeschäftsstelle Hessen des Bundesverbands Windenergie leitet. Jede Klage verzögere und verteure den Bau von Anlagen. Die Verfahren würden beim hessischen Verwaltungsgerichtshof wegen Personalmangels nicht selten Jahre lang liegen bleiben. Die Genehmigungszeit sei zwar verkürzt worden, sei aber nach wie vor überdurchschnittlich lang. „Es fehlen verlässliche und langfristige Rahmenbedingungen“, beklagt Prenzel. So werde Hessen seine Klimaziele nicht erreichen können, zumal der Stromverbrauch künftig noch steigen werde.

Wie bewerten Naturschützer den Status quo?
Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Hessen sieht beim Ausbau der erneuerbaren Energien Fortschritte, aber keinen Grund zur Entwarnung. „Zwar sind auf 1,9 Prozent der Landesfläche Windvorranggebiete ausgewiesen, doch viele dieser Flächen sind bislang nicht nutzbar“, moniert der Vorsitzende Jörg Nitsch. Positive Entwicklungen gebe es auch bei der Zahl der Solaranlagen. „Allerdings werden die vorhandenen Potenziale zum Energiesparen und für eine effizientere Energienutzung nicht ausgeschöpft.“ Notwendig seien beispielsweise breite, öffentlichkeitswirksame Stromsparkampagnen. „Besorgniserregend ist, dass Hessen seine Klimaziele deutlich verfehlt: Bis 2021, also innerhalb von 30 Jahren, wurden die CO_2-Emissionen nur um knapp 30 Prozent gesenkt“, sagt Nitsch. „Um das gesetzliche Ziel von 40 Prozent CO_2-Reduktion gegenüber 1990 bis 2025 zu erreichen, hätte die jährliche Reduktionsrate in den vergangenen Jahren auf etwa fünf Prozent steigen müssen.“ Das entspreche einer Verfünffachung der bis dahin tatsächlich erzielten durchschnittlichen jährlichen Rate. Der Ausbau der erneuerbaren Energien in Hessen komme weiterhin viel zu langsam voran. „Die Emissionen müssen bis Ende 2025 um weitere zehn Prozent sinken, um das hessische Klimaziel zu erreichen. Doch die bisherigen Minderungsraten liegen bei nur knapp einem Prozent pro Jahr.“ Statt gegenzusteuern, kürze die Landesregierung die Klimaschutzmittel und reagiere nicht einmal auf das vom BUND Hessen vorgelegte Sofortprogramm.

Was fordert der Branchenverband?
„Es braucht deutliche Zeichen aus der Bundes- und der Landespolitik für die Energiewende“, sagt Prenzel. Der LEEH wünsche sich weniger Klagen und mehr Personal beim Hessischen Verwaltungsgerichtshof. Zudem brauche es schnellere und leichtere Genehmigungen, auch beim Repowering, also dem Ersatz älterer, weniger leistungsstarker Anlagen durch moderne, leistungsfähigere. Überdies fordert der Verband eine stärkere Bürgerbeteiligung. Bei der Solarenergie gebe das Land keine öffentlichen Dächer frei. „Damit könnte man den Ausbau voranbringen“, so Prenzel.

Welche Forderungen stellt der BUND?
Der Verband fordere unter anderem „eine entschlossene Beschleunigung beim Ausbau von Wind- und Solarenergie, eine echte Solarbaupflicht für Gebäude und Parkplätze sowie deutlich mehr Investitionen in die Energiewende“, sagt Nitsch. Aktuell seien zwei Prozent der Landesfläche für Windenergie ausgewiesen. „Um die Windenergieausbauziele zu erreichen, müsste mehr ausgewiesen werden, da nicht alle Vorranggebiete tatsächlich nutzbare Landesflächen sind.“ Auch nach Bundesvorgaben müssten bis Ende 2032 2,2 Prozent der Landesfläche in Hessen für Windenergie zur Verfügung stehen. Zudem fordert der Verband, mehr leistungsschwache Altanlagen durch leistungsfähigere neue Anlagen zu ersetzen.

NICOLE SCHIPPERS/DPA